

■ Schwarz gratuliert Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg

Die wirtschaftlichen Belange des zahnärztlichen Berufsstandes rückte der Präsident der Bayerischen Landeszahnärztekammer, Michael Schwarz, in seinem Gratulationsschreiben an den neuen Bundeswirtschaftsminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg in den Mittelpunkt: Die Verabschiedung des vom Bundesgesundheitsministerium vorgelegten Referentenentwurfs für eine neue amtliche Gebührenordnung im Kabinett und eine Inkraftsetzung der Rechtsverordnung hätten insbesondere in Bayern sowohl für Patientinnen und Patienten als auch für den zahnärztlichen Berufsstand gravierende Folgen. „Der vom Bundesgesundheitsministerium behauptete Honorarzuwachs ist mit seriösen Zahlen nicht belegbar“, kritisierte Schwarz und verband damit eine Einladung an den neuen Minister zum konstruktiven Dialog auf bayerischer Ebene. Er erinnerte in diesem Zusammenhang auch daran, dass sich Bayerns Gesundheitsminister Dr. Markus Söder bereits mehrfach und energisch gegen eine Umsetzung des Referentenentwurfs ausgesprochen hat. ik

■ Gesundheitsfonds: Protest geht weiter

Zu Jahresbeginn ist der Gesundheitsfonds trotz heftigen Widerstandes medizinischer Verbände und Körperschaften eingeführt worden. Die Bayerische Landeszahnärztekammer hatte sich im Mai 2008 zusammen mit vielen Partnern der von der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) initiierten Kampagne „Gesundheitsfonds – So nicht!“ angeschlossen. Auch die dazu gestartete Folge-Kampagne der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns unterstützt die BLZK. Mehr als 353 000 Menschen haben sich bislang an der Unterschriftenaktion gegen die weitreichenden Änderungen im Gesundheitswesen beteiligt. Die 350 000 Unterschriften wurden vom Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns an Bayerns Gesundheitsminister Söder übergeben. Von dort gehen sie an die Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt. Die rund 6000 Seiten Papier seien ein deutliches Zeichen an die Verantwortlichen in Berlin, dass die jüngsten gesundheitspolitischen Entscheidungen nicht dem Wählerwillen entsprächen, so Dr. Axel Munte, Vorsitzender des Vorstands der KVB, anlässlich der

Übergabe. Vor allem im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl im Herbst soll die Kampagne „Gesundheitsfonds – So nicht!“ auch im Jahr 2009 fortgesetzt werden. Weitere Informationen unter www.gesundheitsfonds-so-nicht.de. ik

■ Krankengeldwahltarife

Am 18. Februar 2009 hat das Kabinett den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften beschlossen. Dadurch wird Selbstständigen und unständig beziehungsweise kurzzeitig Beschäftigten als zusätzliche Option neben den Wahlтарifen die Wahl des „gesetzlichen“ Krankengeldanspruchs ab der siebten Woche der Arbeitsunfähigkeit ermöglicht (siehe dazu auch BZB 1-2/2009, Seite 43). Die Neuregelung sieht unter anderem vor, dass freiwillig versicherte Selbstständige sowie unständig und befristet Beschäftigte ihren Krankengeldanspruch ab der siebten Woche der Arbeitsunfähigkeit entweder über das „gesetzliche“ Krankengeld zum allgemeinen Beitragssatz oder über einen Wahlтариф absichern können. Auch darüber hinausgehende Absicherungswünsche können über Wahlтарife realisiert werden. Wahlтарife dürfen künftig keine Altersstaffelungen mehr enthalten. Bestehende Wahlтарife enden mit Inkrafttreten der Neuregelung. lin/BMG

■ apoBank: 60 Mio. Euro Bilanzgewinn

Trotz der anhaltenden Finanzkrise weist die Deutsche Apotheker- und Ärztebank (apoBank) in den vorläufigen Zahlen für das Geschäftsjahr 2008 einen positiven Bilanzgewinn in Höhe von 60 Millionen Euro aus (2007: 113 Millionen Euro). Dieser ermöglicht es der Bank, eine unverändert hohe Dividende von sechs Prozent an die mehr als 100 000 Genossenschaftsmitglieder auszuschütten und die offenen Rücklagen mit 12 Millionen Euro (2007: 66 Millionen Euro) zu stärken. Mit einem Kundenzuwachs um rund 12 500 festigt die apoBank mit insgesamt 319 100 Kunden ihre Position als Bank im Gesundheitswesen. Vorstandssprecher Günter Preuß: „Die apoBank hat der Krise mit ihrer operativen Ertragskraft erfolgreich getrotzt und ein achtbares Ergebnis erzielt. Damit sind wir für unsere Kunden und Kapitalgeber weiterhin ein verlässlicher und solider Partner.“ ik/apoBank

■ Zahntechniker: Leichter Umsatzanstieg

Der Umsatz der zahntechnischen Meisterbetriebe ist 2008 im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen. Das ergab eine Umfrage des Verbandes Deutscher Zahntechniker-Innungen (VDZI). Der kumulierte Umsatz liegt demnach um 5,4 Prozent über dem Ergebnis des Vorjahres. Nach einem relativ auftragsschwachen Sommer erzielten die zahntechnischen Meisterbetriebe im vierten Quartal 2008 erwartungsgemäß ein Umsatzplus. Im Vergleich zum vierten Quartal 2007 beläuft sich das Plus auf 5,5 Prozent. In der Folge beurteilten die Betriebe auch die Geschäftslage am Ende des Jahres etwas besser. Während 26 Prozent der Meisterlabore eine gute Geschäftslage angeben, bewerten 28,8 Prozent aller antwortenden Teilnehmer die Lage als schlecht. Dadurch steige der Geschäftslagenindex, der sich in der Differenz von positiver und negativer Bewertung ausdrückt, im Vergleich zum dritten Quartal 2008 von minus 25,8 Prozent auf minus 2,8 Prozent und erreiche seinen höchsten Stand seit vier Jahren, erklärte der Verband. ho/VDZI

■ Gesundheitsbarometer: Gefühlte Verschlechterung

Obwohl die Mehrheit der Deutschen mit der Gesundheitsversorgung zufrieden ist, haben Meinungsforscher eine „gefühlte Verschlechterung“ festgestellt. 85 Prozent der Bundesbürger bewerten demnach die Gesundheitsversorgung in ihrer Region positiv – jeder vierte ist sogar sehr zufrieden. Dies geht aus dem Gesundheitsbarometer 2009 der Unternehmensberatung Ernst & Young hervor. Nach Ansicht von 41 Prozent der Befragten hat die Qualität der Gesundheitsversorgung in den letzten Jahren abgenommen. Die Verfasser der Studie können diese Einschätzung nicht bestätigen. Die Gesundheitsversorgung sei zwar teurer geworden, aber nicht schlechter. Privat Versicherte sind generell zufriedener mit der ärztlichen Betreuung als gesetzlich Versicherte. Besonders eklatant ist der Unterschied zu gesetzlich Versicherten bei der Frage „Wartezeit“. Das größte Vertrauen haben Patienten zu ihrem praktischen Arzt/Hausarzt. Seine Arbeit bewerten die Befragten fast durchgängig besser als die Arbeit von Fach- und Klinikärzten. Zahnärzte wurden in der Befragung nicht berücksichtigt. Die

Studie zeigt auch: Patienten wünschen sich ein vertrautes Gesicht und eine individuelle Betreuung. Eine auf Kosteneffizienz getrimmte Apparatemedizin wird von den Befragten dagegen abgelehnt. vo

■ GKV-Beiträge werden absetzbar

Krankenversicherungsbeiträge sollen vom kommenden Jahr an steuerlich absetzbar sein. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat das Bundeskabinett Mitte Februar beschlossen. Auch die Beiträge zur Pflege werden von der Neuregelung erfasst. Mit dem sogenannten Bürgerentlastungsgesetz, das einer Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts folgt, sollen die Bürger jährlich um rund 9,3 Milliarden Euro entlastet werden. Nach dem Gesetzentwurf könnten vom Jahr 2010 an alle Aufwendungen steuerlich berücksichtigt werden, die ein Leistungsniveau abdecken, das im Wesentlichen dem der gesetzlichen Kranken- und der sozialen Pflegeversicherung entsprechen. Nicht absetzbar bleiben Beitragsanteile, die einen über die medizinische Grundversorgung hinausgehenden Versicherungsschutz finanzieren. Darunter fallen beispielsweise Beiträge für eine Chefarztbehandlung oder ein Einzelzimmer im Krankenhaus. Das geplante Gesetz trägt dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2008 Rechnung. Darin hatte das Gericht entschieden, dass Beiträge zu einer privaten Kranken- und Pflegeversicherung nicht im ausreichenden Umfang steuerlich berücksichtigt würden. Der Gesetzentwurf geht jetzt in das parlamentarische Abstimmungsverfahren. vo

■ Klinikkonzern kauft Arztpraxen auf

Nachdem die Privatisierung im stationären Bereich schon weit fortgeschritten ist, drängen kommerzielle Klinikbetreiber nun verstärkt in den ambulanten Sektor. So hat die Sana-Klinikette inzwischen bereits 150 Arztsitze aufgekauft. Das gab Sana-Chef Michael Philippi in einem Gespräch mit der „Financial Times Deutschland“ bekannt. Für weiteres Wachstum wolle er den ambulanten und stationären Sektor weiter vernetzen, so Philippi. Der Schwerpunkt der Sana-Arztpraxen liegt in Berlin und Brandenburg, wo Sana ein „Gesundheitszentrum“ betreibt. Dazu gehören vier Medizinische Versorgungszentren mit insgesamt 100 Ärzten. Sana ist mit 950 Millionen Euro Umsatz pro Jahr die viertgrößte Krankenhauskette hinter Rhön, Asklepios und Helios. ho